

# ...weil er einen Gärboden für Nationalismus schafft!

Der IWF wurde 1944 unter anderem gegründet, um ein Wiederaufflammen des ökonomischen und politischen Nationalismus der 1930er zu verhindern. Gerade in Bezug auf den politischen Nationalismus musste der IWF sein Ziel weit verfehlen, denn seine Politik der neoliberalen Deregulierung ist auf einen nationalen Deutungsrahmen angewiesen. Der Kampf gegen die IWF-Strukturanpassungsprogramme brachte nicht nur emanzipatorische, soziale Bewegungen hervor, sondern diente immer auch Nationalist\_innen als Grundlage für ihre hetzerische Propaganda. Gleichermassen als Produkt *und* Instrument kapitalistischer Herrschaft ist Nationalismus nicht jenseits seiner ökonomischen Grundlage zu denken. Der IWF als Werkzeug der organisierten Herrschaft des Kapitals ist hierbei gleichzeitig ein Katalysator als auch eine Zielscheibe nationalistischer Politik.

Allerdings ist das Verhältnis der herrschenden Klasse zur Nation und zum Nationalismus ein ambivalentes. Einerseits lehnt sie die nationale Abschottung ab, da das Kapital für eine möglichst maximale Akkumulation schrankenlos und global fließen können muss. Andererseits ist die Nation auch eine notwendige Garantin der legitimierten Herrschaft und der Durchsetzung der kapitalistischen Interessen. Der Nationalismus wiederum bietet eine elementare Grundlage für das erfolgreiche Vermarkten der Strukturanpassungsmassnahmen des IWF. Hier wird dann argumentiert, dass man nun „zusammenhalten“ müsse, dass „wir alle“ den Gürtel enger schnallen müssten und dass nun das „Wohl der Nation“ vor dem „eigenen Profit“ kommen müsse. Schnell ist auch ein Feind gefunden, der natürlich nicht im eigenen Land steht, sondern von aussen kommt: „die Deutschen“, „die Amerikaner“, „die Chinesen“, usw. Doch auch innerhalb der Nation finden sich Sündenböcke. Meist werden symbolisch ein paar unpopuläre Politiker geopfert. Weiter gibt es in jedem Land ethnische Minderheiten, die als „faul“ und „schmarotzerisch“ stigmatisiert werden können. Die Hetze greift weiter zu „den Linken“, „den Intellektuellen“, „den Arbeitslosen“, „der Jugend“ und so fort.

Bei Interventionen des IWF und der Weltbank können wir also zwei verschiedene Nationalismen ausmachen:

- Während der Ausarbeitung und Verabschiedung der neoliberalen Strukturanpassungen gibt es Protest, der nicht selten links- oder rechtsnationalistischer Prägung ist. Beklagt wird der Verlust der nationalen Souveränität und eine „unabhängige Nation“ wird gefordert.
- Wenn die Massnahmen dann einmal greifen und spürbar werden, propagiert der Staat die „nationale Einheit“ als Allheilmittel für eine baldige Verbesserung der wirtschaftlichen Situation.

Beispiele für diese Entwicklungen gibt es zuhauf. Zwei seien hier genannt:

**Jugoslawien** war 1989/90 von einer massiven Wirtschaftskrise und Inflation betroffen. Das Schuldentilgungsprogramm des IWF sah u.a. Lohnsenkungen, Abbau von Preiskontrollen und die Abwertung der Währung vor. Die Folge war eine breite Verarmung der Bevölkerung. Die reicheren Provinzen (Kroatien, Slowenien) wollten die schwächeren nicht mehr mitfinanzieren und entwickelten einen politischen Regionalismus, der auf eine Sezession hindrängte. Es folgte ein Jahrzehnt des Krieges auf dem Balkan. Die Ursachen der Jugoslawienkriege liegen allerdings nicht – wie oft behauptet – in irgendwelchen ethnischen Spannungen sondern in den konfligierenden Machtansprüchen der Bourgeoisie und in den miserablen materiellen Verhältnissen des Proletariats, für die der IWF mitverantwortlich ist. Religiöse, ethnische und nationalistische Ressentiments gärten in einem Klima des kapitalistischen Wettkampfs um knappe Ressourcen und dienten, nachdem sie fachmännisch geschürt wurden, der Kriegsmobilmachung.

**Ungarn** steckt wirtschaftlich ordentlich in der Krise. Der Staat steht hoffnungslos in der Kreide, die Staatsschulden machen derzeit 82% des BIPs aus. Ein Staatsbankrott schien zeitweise schier unvermeidbar. Ungarns Währung, der Forint, ist auf einem historischen Tiefstand angelangt. Natürlich sprang auch hier der IWF ein, 2008 vergab er dem Land einen 20 Milliarden-Kredit zu den üblichen neoliberalen Auflagen. Das eingesetzte Sparprogramm hatte jedoch keinen konjunkturellen Aufschwung sondern einen erneuten Einbruch der Wirtschaft zur Folge. Premierminister Viktor Orbán wettet deshalb zünftig gegen den verhassten IWF und proklamiert – ganz im Rahmen seiner reaktionär-nationalistischen Transformation des Staates – die „Ordnung der nationalen Zusammenarbeit“. Er versucht dabei die nationale Bourgeoisie hinter sich zu vereinen, indem er nur den „westlichen“, nicht aber den ungarischen Konzernen eine Steuererhöhung aufdrückt. Die Anti-IWF-Rhetorik ergänzt das Geschwätz vom „Nationalen Glaubensbekenntnis“ (neuer Name der Verfassung), die Hetze gegen Roma, Juden und Andersdenkende und den Angriff auf Errungenschaften wie der Presse- und Meinungsfreiheit.